Antrag

**der Abg. Gudula Achterberg und
Hermann Katzenstein u. a. GRÜNE**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Verkehr

Weniger Opfer im Straßenverkehr durch effektive Parkraumkontrollen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse der Landesregierung über das erhöhte Unfallrisiko durch falsch abgestellte Fahrzeuge (z. B. auf Fuß-/Radwegen, an Kreuzungen) vorliegen, insbesondere basierend auf aktuellen polizeilichen oder kommunalen Unfallstatistiken;
2. welche Vorteile die Landesregierung in der aktiven und digitalen Parkraumbewirtschaftung der Kommunen im Hinblick auf die Verringerung von Gefährdungspotenzialen für Zufußgehende, Radfahrende und ÖPNV-Nutzende sowie für Schulkinder auf ihrem Schulweg sieht;
3. welche finanziellen Mehrwerte (z. B. durch effizientere Kontrollen, geringeren Personaleinsatz, höhere Bußgeldentnahmen) Kommunen durch digitale Parkraumbewirtschaftung realistisch erzielen können, insbesondere durch die mögliche Aufgabenverlagerung des Gemeindevollzugsdienstes;
4. welche Änderungen für Parkraumbewirtschaftung und Bewohnerparken sich aus den jüngsten Novellierungen auf Bundesebene des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) ergeben und wie die Landesregierung deren Auswirkungen bewertet;
5. inwiefern die neuen Instrumente des Landesmobilitätsgesetzes die Verkehrssicherheit insbesondere in Bezug auf die Parkraumbewirtschaftung stärken und welche Kommunen bisher Interesse angemeldet haben;

6. welche Erkenntnisse darüber vorliegen, wie Kommunen im Land den Erlass zur Überwachung und Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr konsequent umsetzen, und ob sich hieraus bereits Veränderungen im Hinblick auf die Verkehrssicherheit, die selbstaktive Mobilität oder die Akzeptanz in der Bevölkerung ableiten lassen (bitte unter Nennung von beispielhaften Kommunen);
7. welche Erkenntnisse darüber vorliegen, ob es in Baden-Württemberg seit Inkrafttreten des Erlasses zu Beschwerden bezüglich der Umsetzung gekommen ist (z. B. durch Duldung von Gehwegparken) und welche Maßnahmen daraufhin von den zuständigen oberen Landesbehörden ergriffen wurden (bitte unter Nennung beispielhafter Kommunen).

8.8.2025

Achterberg, Katzenstein, Gericke, Braun, Hentschel,
Joukov, Marwein, Nüssle GRÜNE

Begründung

Nicht ordnungsgemäß abgestellte Fahrzeuge sind für Zufußgehende und Radfahrende ein Verkehrssicherheitsrisiko und einer der häufigsten Gründe für Unfälle. Durch effektive Kontrollen bei bewirtschafteten Parkflächen, wie sie das Landesmobilitätsgesetz ermöglicht, werden mehr Kapazitäten geschaffen, um gegen falsch abgestellte Fahrzeuge vorzugehen. Häufig werden durch diese Fahrzeuge Sichtachsen versperrt. Dies bedeutet gerade für Kinder und Jugendliche eine erhebliche Gefährdung im Straßenverkehr. Der vorliegende Antrag soll die Möglichkeiten und Vorteile einer effektiven Parkraumkontrolle für die Verkehrssicherheit der Menschen im Land aufzeigen sowie die Anwendung des Erlasses zur Überwachung und Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr in Baden-Württemberg beleuchten.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 10. September 2025 Nr. VM4-0141.5-31/137/1 nimmt das Ministerium für Verkehr im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *welche Erkenntnisse der Landesregierung über das erhöhte Unfallrisiko durch falsch abgestellte Fahrzeuge (z. B. auf Fuß-/Radwegen, an Kreuzungen) vorliegen, insbesondere basierend auf aktuellen polizeilichen oder kommunalen Unfallstatistiken;*

Zu 1.:

Wie in der Landtagsdrucksache 17/3772 dargestellt, kann Falschparken ein relevantes Problem für die Verkehrssicherheit darstellen. Speziell für besonders schutzbedürftige Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, bspw. Kin-

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

der auf dem Weg zur Schule, sind falsch geparkte Fahrzeuge an Querungsstellen, auf Rad- und Fußwegen oder in freizuhaltenen Kreuzungsbereichen nicht nur ein Ärgernis, sondern eine Gefahr.

Zugeparkte Gehwege oder Querungsstellen zwingen zu Umwegen, blockierte Radwege machen Ausweichmanöver nötig, Falschparkerinnen und Falschparker in Haltestellen und auf Busspuren sorgen für Probleme beim Ein- und Ausstieg und lassen Verspätungen entstehen. Das unberechtigte Parken an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge schränkt deren Nutzerinnen und Nutzer ein.

Falschparken zu ahnden und regelwidrig abgestellter Fahrzeuge gegebenenfalls zügig zu entfernen sind daher für attraktive öffentliche Räume, die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger und die Steigerung der Verkehrssicherheit notwendig.

Zur Einordnung der beigefügten Auswertungen und die Grenzen der Erfassung von Unfallzahlen in diesem Bereich wird ausdrücklich auf die Ausführungen zu Frage 2 der Landtagsdrucksache 17/3772 verwiesen.

Verkehrsunfälle mit verletzten Zufußgehenden, Radfahrenden und Autofahrenden in Verbindung mit der Unfallursache „Unzulässiges Halten oder Parken“

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Jan-Jun 2025
VU mit Personenschaden	29	28	27	26	25	28	24	9
dabei Leichtverletzte (1 bis 3)	30	25	29	28	22	26	25	9
dabei Schwerverletzte (1 bis 3)	5	5	2	7	6	7	4	0
dabei Getötete (1 bis 3)	1	1	0	0	0	1	0	0

1) Verletzte Zu Fuß Gehende*	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Jan-Jun 2025
Leichtverletzte Gesamt	3	0	0	3	3	1	4	1
Kinder/Jugendliche (0-17)	1	0	0	1	1	1	2	0
Erwachsene (ab 18)	2	0	0	2	2	0	2	1
Schwerverletzte Gesamt	1	0	0	0	0	1	0	0
Kinder/Jugendliche (0-17)	1	0	0	0	0	1	0	0
Erwachsene (ab 18)	0	0	0	0	0	0	0	0
Getötete Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0
Kinder/Jugendliche (0-17)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erwachsene (ab 18)	0	0	0	0	0	0	0	0

*Andere Person: Fußgänger; Fußgänger mit Sport- und Spielgerät; Handwagen; Tierführer/Treiber

2) Verletzte Radfahrende*	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Jan-Jun 2025
Leichtverletzte Gesamt	13	14	17	13	12	12	10	7
Kinder/Jugendliche (0-17)	4	4	5	0	3	4	2	1
Erwachsene (ab 18)	9	10	12	13	9	8	8	6
Schwerverletzte Gesamt	2	2	2	2	5	2	3	0
Kinder/Jugendliche (0-17)	2	2	0	1	2	0	0	0
Erwachsene (ab 18)	0	0	2	1	3	2	3	0
Getötete Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0
Kinder/Jugendliche (0-17)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erwachsene (ab 18)	0	0	0	0	0	0	0	0

*Fahrrad; Pedelec

3) Verletzte Autofahrende*	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Jan-Jun 2025
Leichtverletzte Gesamt	14	11	12	12	7	13	11	1
Kinder/Jugendliche (0-17)	4	0	2	1	2	0	0	0
Erwachsene (ab 18)	10	11	10	11	5	13	11	1
Schwerverletzte Gesamt	2	3	0	5	1	4	1	0
Kinder/Jugendliche (0-17)	0	2	0	0	0	0	0	0
Erwachsene (ab 18)	2	1	0	5	1	4	1	0
Getötete Gesamt	1	1	0	0	0	1	0	0
Kinder/Jugendliche (0-17)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erwachsene (ab 18)	1	1	0	0	0	1	0	0

*Pkw; Wohnmobil

2. welche Vorteile die Landesregierung in der aktiven und digitalen Parkraumbewirtschaftung der Kommunen im Hinblick auf die Verringerung von Gefährdungspotenzialen für Zufußgehende, Radfahrende und ÖPNV-Nutzende sowie für Schulkinder auf ihrem Schulweg sieht;

Zu 2.:

Parkraumbewirtschaftung trägt zur Steigerung der Verkehrssicherheit bei, indem sie das geordnete Parken fördert. So bleiben Sichtbereiche frei, Verkehrsbehinderungen werden reduziert und Unfallrisiken sinken.

Das Landesmobilitätsgesetz legt fest, dass bei Bau, Umbau und Umplanung von Straßen die Träger der Straßenbaulast und Straßenverkehrsbehörden darauf hinwirken sollen, dass der öffentliche Verkehrsraum von parkenden Fahrzeugen entlastet wird. Die Landesregierung bekennt sich zudem in den Eckpunkten zum Landeskonzept Mobilität und Klima zu dem Ziel „weniger Kfz-Verkehr in den Kommunen“. Durch weniger Kfz-Verkehr in den Kommunen werden weniger Parkplätze benötigt. Weniger Parkflächen in einer Stadt bedeuten eine Entlastung des öffentlichen Raums und es können die Bedingungen für Zufußgehende, ÖPNV-Nutzende und Radfahrende verbessert werden. So können Sichtbeziehungen verbessert, Hindernisse und Engstellen reduziert und ausreichend Platz für Zufußgehende, ÖPNV-Nutzende und Radfahrende geschaffen werden. Dies fördert nach Ansicht des Ministeriums für Verkehr eine sicherere Verkehrsumgebung und verringert Unfallrisiken.

3. welche finanziellen Mehrwerte (z. B. durch effizientere Kontrollen, geringeren Personaleinsatz, höhere Bußgeldeinnahmen) Kommunen durch digitale Parkraumbewirtschaftung realistisch erzielen können, insbesondere durch die mögliche Aufgabenverlagerung des Gemeindevollzugsdienstes;

Zu 3.:

Den gemeindlichen Vollzugsbediensteten können vor allem die in § 31 Absatz 1 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Polizeigesetzes (DVO PolG) genannten Aufgaben übertragen werden, wobei § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 DVO PolG Aufgaben aus dem Bereich des Straßenverkehrsrechts enthält. Zu diesen gehört etwa die Überwachung von Parkregelungen und das Ahnden von Falschparken. Eine Entlastung der gemeindlichen Vollzugsbediensteten durch die digitale Parkraumkontrolle könnte dazu führen, dass die gemeindlichen Vollzugsbediensteten den Fokus verstärkt auf Schwerpunkte der Parkraumüberwachung oder auf andere an sie übertragene Aufgaben richten können.

Bereits jetzt melden einige Kommunen in Baden-Württemberg, dass sie über zu wenig Personal in diesem Tätigkeitsbereich verfügen. Ziel der digitalen Parkraumüberwachung ist es, durch die Nutzung von technischen Möglichkeiten das vorhandene Personal zu entlasten, um es an anderer Stelle sinnvoll einsetzen zu können. In den richtigen Gebieten eingesetzt, ist ein Scan-Fahrzeug deutlich effizienter als die bisher eingesetzten Fußpatrouillen. Eine Person kann mit einem Scan-Fahrzeug bis zu 1 000 Fahrzeuge pro Stunde kontrollieren, während es zu Fuß nur etwa 50 Fahrzeuge sind.

Der finanzielle Mehrwert der Scan-Fahrzeuge ergibt sich aus zwei Gesichtspunkten. Zum einen kann die Parkraumbewirtschaftung ausgeweitet werden, sofern eine wirksame Überwachung gewährleistet ist (VwV-StVO zu § 13, Randnummer IV). Die verfügbaren Personalkapazitäten lassen aktuell in einigen Fällen keine sinnvolle Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung zu. Durch das technische Hilfsmittel Scan-Fahrzeug kann die Parkraumkontrolle und dadurch die Parkraumbewirtschaftung ausgeweitet werden.

Zum anderen ist in den EU-Ländern mit digitaler Parkraumkontrolle zu beobachten, dass die bestehenden Regelungen besser eingehalten werden. Aufgrund der höheren Entdeckungswahrscheinlichkeit durch eine engmaschigere Kontrolle steigt die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, das zu zahlende Parkentgelt zu entrichten.

Höhere Einnahmen durch höhere Bußgeldeinnahmen sind meist nur eine temporäre und kurzfristige Erscheinung. Ein grundsätzliches Ziel im öffentlichen Straßenraum ist es, Parkverstöße zu reduzieren und dadurch die Bußgeldeinnahmen zu senken und die Einnahmen aus Parkgebühren zu erhöhen. Eine Bezifferung der finanziellen Mehrwerte ist von den örtlichen Gegebenheiten und Regelungen in der jeweiligen Kommune abhängig.

4. welche Änderungen für Parkraumbewirtschaftung und Bewohnerparken sich aus den jüngsten Novellierungen auf Bundesebene des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) ergeben und wie die Landesregierung deren Auswirkungen bewertet;

Zu 4.:

Die Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) aus dem Jahr 2024 erweitert die rechtlichen Möglichkeiten, sodass Kommunen und Straßenverkehrsbehörden Bewohnerparken und Parkraummanagement auch aus Gründen des Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutzes sowie städtebaulicher Entwicklung anordnen können. Außerdem wurde geregelt, dass für die Anordnung von Bewohnerparken ein drohender erheblicher Parkdruck ausreichend ist. Damit sind die Voraussetzungen für die Anordnung von Bewohnerparken flexibler gestaltet und umweltbezogene Aspekte als Anordnungsgrund eingeführt worden. Dies ist positiv zu bewerten.

Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg begrüßt den jüngsten Entwurf des „Fünftes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften“ (BR-Drucksache 92/25). Im Entwurf wird das Bewohnerparken für weitere Personengruppen mit berechtigtem Interesse geöffnet, was zu einer gerechteren Verteilung des Parkraums führen soll. Auch die im Entwurf enthaltene bundeseinheitliche Rechtsgrundlage zur Einführung der digitalen Parkraumkontrolle wird grundsätzlich befürwortet, solange hierdurch keine Effizienzeinbußen für das in Baden-Württemberg derzeit in Implementierung befindliche Verfahren entstehen.

5. inwiefern die neuen Instrumente des Landesmobilitätsgesetzes die Verkehrssicherheit insbesondere in Bezug auf die Parkraumbewirtschaftung stärken und welche Kommunen bisher Interesse angemeldet haben;

Zu 5.:

Parkraumbewirtschaftung wirkt sich unmittelbar auf die Nutzung und den Besitz von Kraftfahrzeugen aus (siehe zu 2.). Sofern im Rahmen der Einführung einer Parkraumbewirtschaftung der ruhende Verkehr unter Beachtung der aktuellen Regelungen und Standards geordnet wird, entstehen dadurch Vorteile für die Verkehrssicherheit: Geordnete Parkregelungen machen es beispielweise leichter, Sichtbeziehungen frei zu halten und Verstöße in diesen kritischen Bereichen rechtssicher zu sanktionieren.

Kommunen in Baden-Württemberg, welche Interesse an einer digitalen Parkraumkontrolle im Ministerium für Verkehr angemeldet haben, sind:

- Mannheim
- Heidelberg
- Freiburg
- Waldshut-Tiengen
- Offenburg
- Stuttgart
- Karlsruhe
- Ulm

- Konstanz
- Friedrichshafen
- Ludwigsburg
- Esslingen

6. *welche Erkenntnisse darüber vorliegen, wie Kommunen im Land den Erlass zur Überwachung und Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr konsequent umsetzen, und ob sich hieraus bereits Veränderungen im Hinblick auf die Verkehrssicherheit, die selbstaktive Mobilität oder die Akzeptanz in der Bevölkerung ableiten lassen (bitte unter Nennung von beispielhaften Kommunen);*

7. *welche Erkenntnisse darüber vorliegen, ob es in Baden-Württemberg seit Inkrafttreten des Erlasses zu Beschwerden bezüglich der Umsetzung gekommen ist (z. B. durch Duldung von Gehwegparken) und welche Maßnahmen daraufhin von den zuständigen oberen Landesbehörden ergriffen wurden (bitte unter Nennung beispielhafter Kommunen).*

Zu 6. und 7.:

Zu den Ziffern 6 und 7 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Das Ministerium für Verkehr hat im Rahmen von unterschiedlichen Abfragen über die Fachaufsichtsbehörden die Erkenntnis, dass sich Kommunen in Baden-Württemberg, im Rahmen ihrer personellen Kapazitäten, an die Vorgaben des Erlasses halten. Wurden Verstöße gegen die Vorgaben des Erlasses festgestellt, wird dies im Rahmen der Fachaufsicht von den zuständigen Aufsichtsbehörden adressiert.

Weiterhin informiert das Ministerium für Verkehr über die Anwendung des Erlasses zur Überwachung und Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr. Insbesondere in den hierzu stattfindenden Erfahrungsaustauschen, letztmalig im Dezember 2024 mit nahezu allen Bußgeldbehörden in Baden-Württemberg, zeigt sich, dass die Kommunen insgesamt die Umsetzung zielgerichtet angehen.

Sofern beim Ministerium für Verkehr Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern eingehen, haben diese zumeist Kontrolldichte und der Praxis beim Vorgehen gegen falschparkende Fahrzeuge zum Gegenstand. Solche Situationen werden durch das Ministerium für Verkehr sowie die Regierungspräsidien im Rahmen der Fachaufsicht adressiert.

Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Drucksache 17/3772 verwiesen.

Hermann
Minister für Verkehr